

## Interesse am Bürgerschaftsprogramm in Europa ungebrochen

Rückblick auf das Jahr 2015

Im November 2015 wurden seitens der EU die Auswahlresultate der zweiten Antragsfrist aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2014–2020) veröffentlicht. Nachdem die erste Runde offen war für Anträge aus allen Förderbereichen, konnten zum 1. September nur Projektvorschläge im Rahmen von Bürgerbegegnungen (Förderbereich 2.1) und Vernetzung von Partnerstädten (Förderbereich 2.2) eingereicht werden. Von insgesamt 777 europaweit eingereichten Anträgen in der zweiten Runde wurden 120 für die EU-Förderung ausgewählt.

Während im letzten Jahr, als das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« neu aufgelegt wurde, nur vergleichsweise wenige Anträge für kommunale Partnerschaftsprojekte (Bürgerbegegnungen und Vernetzung von Städten) eingereicht wurden, zeichnet sich 2015 die Fortsetzung des europaweiten Aufwärtstrends ab. So hat sich beispielsweise die Anzahl der europaweit eingereichten Anträge im Bereich der Bürgerbegegnungen mehr als verdoppelt: von 666 im Jahr 2014 auf insgesamt 1.404 in diesem Jahr.

### Bürgerbegegnungen

Besonders die Ungarn und Italiener sind fleißige Antragssteller in beiden Fördermaßnahmen. Anknüpfend an die Tendenzen aus dem Vorjahr entfallen 2015 rund 34 Prozent der Einreichungen im Bereich Bürgerbegegnungen (Fördermaßnahme 2.1) auf Ungarn, 19 Prozent auf die Slowakei und 8 Prozent auf Italien. Deutschland liegt gemeinsam mit Rumänien, mit jeweils 109 eingereichten Projektideen, europaweit auf dem vierten Platz der Länder mit den meisten Einreichungen in dieser Fördermaßnahme. Analog zum europäischen Trend hat sich auch die Einreichung von deutschen Koordinatoren 2015 nahezu verdoppelt.

Trotz der deutlichen Zunahme der Antrags-einreichungen wurden seitens der EU nicht mehr Projekte gefördert, so dass sich nicht nur die deutsche, sondern auch die europaweite Förderquote nahezu halbiert hat. Dass die Europäische Kommission nicht in der Lage ist, auf die Vielzahl eingereicherter Projektideen einzugehen, liegt mitunter daran, dass das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« im Zuge des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens von den Mitgliedsstaaten 2013 mit einem kleineren Budget ausgestattet wurde. Gleichzeitig sind die vergleichsweise niedrigen Antragseinreichungen 2014 vor dem Hintergrund zu sehen, dass erst im April 2014 die Verordnung für die neue Förderperiode 2014–2020 verabschiedet wurde, wodurch das Programm inklusive seiner Neuerungen im letzten Jahr erst verspätet gestartet ist.

### Vernetzung von Partnerstädten

Im Bereich der Vernetzung von Partnerstädten (Fördermaßnahme 2.2) lässt sich auf europäischer Ebene Ähnliches beobachten: Die gleichbleibende Anzahl geförderter Projekte hat bei einer Zunahme der Antragseinreichungen eine sinkende Förderquote von 15 Prozent 2014 auf 9 Prozent im Jahre 2015 zur Folge. Im Vergleich zu anderen Mitgliedsländern stellt Deutschland in dieser Fördermaßnahme seit einigen Jahren immer weniger Anträge, kann aber eine gute Erfolgsquote von 33 Prozent vorweisen, die noch deutlich über dem europäischen Schnitt liegt. Italien und Ungarn weisen auch hier eine große Beteiligung auf. Obwohl die Slowakei 2014 noch drittstärkster Antragsteller im Bereich Vernetzung war, wurde das Land 2015 aufgrund seiner sinkenden Antragseinreichungen von Griechenland überholt. Die Griechen haben in Relation zum Vorjahr die Anzahl ihrer Antragseinreichung verfünffacht und repräsentieren dadurch 6 Prozent der europaweiten Einreichungen im aktuellen Jahr.

### Themen und Inhalte der Projekte

In Bezug auf die Projekte aus der zweiten Auswahlrunde lässt sich noch wenig zu den Inhalten, Zielen und Aktivitäten sagen, da diese Projekte erst in den nächsten Monaten anlaufen werden. Auffällig ist jedoch, dass die Themen Frieden und Zukunft vielerorts in den Fokus der Veranstaltungen gestellt werden. Vor dem Hintergrund eines krisengeprägten Europas zeigt sich also auf kommunaler, bürgernaher Ebene ein vermehrtes Interesse, den Austausch über die damit verbundenen Herausforderungen und den Zusammenhalt der EU und ihrer Mitgliedsstaaten durch kommunale Partnerschaftsprojekte zu fördern. Auch anhand der geographischen Ausbreitung ist das stetige Interesse an der Förderung von demokratischem Engagement und Partizipation unverkennbar. Für Bürgerbegegnungen wurden in diesem Jahr Anträge aus allen 32 am Programm beteiligten Ländern eingereicht, wohingegen in den Vorjahren Einreichungen aus höchstens 24 unterschiedlichen Ländern erfolgten. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das politische Zeitgeschehen, das dieser Zeiten von Meldungen über terroristisch motivierte Anschläge oder fremdenfeindliche Aktionen im Zuge der Flüchtlingsbewegungen dominiert wird, im kommenden Jahr neue Impulse für weitere Projektideen zur Förderung eines friedlichen Verständnisses der europäischen Vielfalt liefert.

Marje Brütt

*Die KS EfBB wird gefördert durch die Generaldirektion Migration, Inneres und Bürgerschaft der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*